

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verantwortlicher und Chefredakteur:**  
Erich Kästner, Berlin.  
Telefon: Amt 2207 4294-4300



**Stellen für Verlag und Distribution:**  
Berlin G 2 01, Dönhofsplatz 6  
Telefon: Spandau

Die Ausgabe erfolgt im Colportage.

Der Inhalt ist nur auf Grund bekannter Tatsachen gegeben. Redaktion übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt, wenn nicht anders vermerkt ist. Erscheinungsort: Berlin.

Berlin, den 1. September 1931

Der Vernunft eine Gasse!

Inr. Nr. 112/11  
Soz. Geschichtsbücherei  
Amsterdam

SPD. Frankfurt/M., 1. September (Eig. Dr.)

Der Schrei der Empörung, der am Montag auf dem Kongress der freien Gewerkschaften in Frankfurt a. Main dem Reichsarbeitsminister entgegendröhnte, war nicht ein Schrei von Menschen, die wie die Kinder um Hilfe rufen. Der Kongress fordert nicht ins Blaue hinein von der Regierung Unterstützung im Kampfe gegen die Not dieser Tage. Der Kongress hat auch über Mittel und Wege zur Bekämpfung der Not eine Meinung, eine fundierte Meinung. Er hat handfeste Vorschläge zur Besserung der Not und ebenso handfeste Gründe zur Rechtfertigung seiner Vorschläge. Diese Gründe wurden am Dienstag auf dem Kongress mit überzeugender Klarheit dargelegt.

Der Ruf nach der 40 Stundenwoche wurde mit einem wahrhaft erdrückenden Beweismaterial gerechtfertigt. An unzähligen Beispielen zeigten die Bauarbeiter, die Textilarbeiter und die Metallarbeiter, wie die Steigerung der Produktion und der Rationalisierung eine scharfe Verkürzung der Arbeitszeit zur gebieterischen Notwendigkeit macht. Ob die Regierung gegenüber dieser Flut von Beweisen und auch noch weiterhin den Gewerkschaften ihre Hilfe in dem Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit versagt? Die Zeit ist reif für eine Tat auf dem Wege zur 40 Stundenwoche. Mit dem bisherigen Schwanken und Zaudern wird die brennende aller Fragen, die Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht gelöst. Mit unbarmherziger Kritik hat der sozialpolitische Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Franz Spliedt die schwächliche Zauderpolitik des Reichsarbeitsministers in einer Lebensfrage der Arbeiterschaft - das ist wahrhaftig die Frage der 40 Stundenwoche - beleuchtet. Was soll im kommenden Winter werden?, so rief Spliedt fragend und drohend. Will man die arbeitslosen Jugendlichen, will man Millionen von Arbeitslosen im Elend erstickern lassen? Was die Regierung in der Arbeitszeitfrage den Gewerkschaften geboten hat, ist nur weisse Salbe; Taten aber sind notwendig.

Neben der Fülle des Beweismaterials aus dem Arbeitsleben heraus stellte Professor Lederer-Heidelberg auf dem Kongress eine tiefeschürfende wissenschaftliche Begründung der Forderungen der Gewerkschaften auf Einführung der 40 Stundenwoche. Lederers Vortrag war eine Glanzleistung. Seine Durchleuchtung der Wirtschaftsprobleme unserer Tage führte zwangsläufig zu der Aufstellung der Forderung auf Arbeitszeitverkürzung. Mit Notstandsarbeiten, so notwendig sie auch sind, ist uns allein nicht geholfen, und die Ueberwindung der Krise durch neue Investierung ist ein Problem, dessen Lösung Zeit erfordert. Eine Besserung ist nur allmählich möglich. Der Wagen rollt - wie Lederer den Alles-oder-Nichtpolitikern zurief -, wenn er einen Stoss erhält, wohl leicht bergab, aber nicht bergan. Das Rationalisierungs-Tempo ist überdies schneller als die Kapitalbildung.

Alles Momente, die zeigen, dass keine Wunder zu erwarten sind und dass wir uns selbst helfen müssen. Diese Selbsthilfe kann am wirksamsten und sofort

nur in der Frage der Arbeitszeitverkürzung eintreten. Die Selbsthilfe der Arbeiterschaft kann aber nur dann Stosskraft erhalten, wenn Einigkeit und Entschlossenheit die freiorganisierten Massen zusammenschliessen, und dieser Zusammenschluss ist nur unter der Führung der Freien Gewerkschaften möglich. Erfolg ist der Abwehr der Massen nur beschieden, wenn sie von Vernunft geführt wird. Die soziale Revolution, so rief deshalb Leipart zum Schluss der Beratungen über den Bericht des Bundesvorstandes seinen Hörern zu, brauchen wir nicht erst herbeizuführen, sie ist schon da. Wir stehen mitten in ihr drin, und nur darauf kommt es an, dass im Sturmprozess der Umwälzung der Klassenkampf mit Sinn und Verstand geführt wird. Nicht wilde Grimassen, sondern in Klarheit aufgebaute Entschlossenheit.

Als Leipart diese Parole in den Kongress warf, rieberte alles an diesem alten, sturmerprobten Kämpen und Führer der Arbeiter. Sein Herz schrie mit - sein Herz, das für die Arbeiter schlägt, und deshalb schlug Leiparts Schrei nach Vernunft wucht- und wirkungsvoll ein. Der Kongress hatte einen grossen Tag!

-----

SPD. Paris, 1. September (Eig. Drahtb.)

Die Hamburger Bergungsgesellschaft, die kürzlich den Dampfer "St. Philibert" gehoben hat, erhielt von der französischen Strassen- und Hafenbauverwaltung den Auftrag, zwei vor längerer Zeit in der Loire-Mündung gesunkene Schiffe zu bergen. Das eine der beiden Schiffe war in einer Winternacht von einem Dampfer gerammt worden und mit der Besatzung untergegangen. Die Leichen der Besatzung befinden sich noch in dem Wrack des Dampfers.

-----

SPD. Am Dienstag fanden unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning, in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dietrich und des Reichsarbeitsministers Stegerwald Besprechungen mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den Abgeordneten Dr. Hilferding und Dr. Hertz, statt. Zur Aussprache standen die von der Regierung im Juni zugesagten Abänderungen der damaligen Notverordnung, ausserdem alle Fragen, die mit der Sicherung der Unterstützung der Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung, bei den Gemeinden und den Möglichkeiten zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise bezw. zur Verbilligung der Lebenshaltung im Zusammenhang stehen.

Da die Pläne der Reichsregierung für die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik sich bisher noch im ersten Stadium der Prüfung befinden, soll zunächst deren weitere Klärung erfolgen. Die Abänderungen der alten Notverordnung sollen dann im Zusammenhang mit den neuen Absichten des Kabinetts behandelt werden. Die Besprechungen mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Fraktion werden deshalb Ende der Woche fortgesetzt und sollen vor der Sitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die am Dienstag, den 8. September stattfindet, weitgehend geklärt sein.

-----

SPD. Rom, 1. September (Eig. Drahtb.)

Im Prozess gegen den belgischen Professor Moulin, beantragte der Staatsanwalt am Dienstag in den späten Abendstunden gegen Moulin fünf Jahre Gefängnis, für seine italienischen Mitangeklagten den Rechtsanwalt Albassini sieben Jahre, für den Studenten Maffi fünf Jahre. Für zwei Angeklagte wurde Freispruch beantragt.

SPD. Frankfurt, 1. Sept. (Eig. Drahtb.)

Der Kongress der Freien Gewerkschaften nahm am Dienstag zur Politik der Reichsregierung folgende Entschliessung einstimmig an :

"Die Politik der Reichsregierung verrät in steigendem Masse die Tendenz, durch Abbau der Sozialgesetzgebung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und verstärkte Kapitalbildung in der Privatwirtschaft zu erzielen. Gegen diese einseitige Heranziehung der Arbeiter zu schwersten und vielfach die nackte Existenz gefährdenden Opfern muss der Kongress umso mehr Einspruch erheben, als er der festen Ueberzeugung ist, dass auf diesem Wege die gegenwärtige Krise niemals überwunden werden kann. Abbau der Sozialleistungen und Abbau der Löhne führen unweigerlich zur Verelendung der breiten Volksschichten, die als Arbeitskräfte wie als Konsumenten für die Wirtschaft unentbehrlich und als Volksgenossen entscheidende Stützen staatlicher Ordnung, friedlichen Zusammenlebens und kultureller Entwicklung sind.

Nicht minder scharf muss verurteilt werden das sich allenthalben deutlich zeigende Bestreben der Regierung, den Einfluss der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung und der Kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen. Der Kongress weist entschieden den Versuch zurück, die Krise zur Entrechtung der Arbeiter auszunutzen.

Die Gewerkschaften treten heute wie stets für Aufrechterhaltung und Ausbau der Sozialgesetzgebung, insbesondere der Sozialversicherung ein. In der Versicherung für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität bilden sie auch heute noch einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Art und ausreichende Sicherung dieser Einrichtungen ist nicht minder wichtig als die Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Wir verlangen des weiteren in einer Zeit, in der die Arbeiter unter den Fehlern unverantwortlicher Führer der privaten Wirtschaft am stärksten zu leiden haben, die Gewährleistung verstärkten Einflusses der Gewerkschaften in allen sozialen und wirtschaftlichen Körperschaften. Wir fordern im Interesse sozialer Gerechtigkeit die Beseitigung der unerträglichen Härten und Rechtsbeschränkungen, deren sich insbesondere die Notverordnung vom 5. Juni 1931 schuldig gemacht hat."

SPD. Die Textilunternehmer haben für die Bezirke West-Sachsen mit 171 000 Beschäftigten, Ostsachsen mit 29 000 Beschäftigten, Aachen mit 9 000 Beschäftigten und Sorau mit 4 000 Beschäftigten zu Oktober die Lohntarife gekündigt. Der württembergische Lohntarif ist schon Ende Juli abgelaufen, der für die Rheinpfalz und die Niederlausitz Ende August. Neue Lohntarife für diese drei Bezirke konnten noch nicht abgeschlossen werden. Ebenso wurde der Tarif für die Nordwolle zu Ende September vom Konkursverwalter gekündigt. Unter den gekündigten Tarifverträgen arbeiten zur Zeit rund 309 000 Textil-Arbeiter und Arbeiterinnen. Ob die Textilunternehmer die Stirn haben werden, die Lohnhöhe der Textilarbeiter als Kündigungsgrund anzugeben, bleibt abzuwarten.

SPD. Braunschweig, 1. Sept. (Eig. Drahtb.)

Als künftiger Innen- und Volksbildungsminister für Braunschweig hat sich der Nazi-Gauführer Rust aus Hannover benannt. In einer Sitzung nationalsozialistischer und bürgerlicher Abgeordneten hat Rust erklärt, dass er voraussichtlich braunschweigischer Minister werden würde. Die Bestätigung von Adolf Hitler liege allerdings noch nicht vor.

Der bisherige Fraktionsführer der Nationalsozialisten im Braunschweigischen Landtag, der Abgeordnete Groh, der sich öffentlich gegen die Wahl eines

neuen nationalsozialistischen Ministers erklärt hat, ist von seiner Fraktion aus sämtlichen Ausschüssen des Landtages zurückgezogen worden. Es ist anzunehmen, dass die Nationalsozialisten ihn auch veranlassen werden, sein Mandat niederzulegen.

SPD. Die preussischen Regierungsparteien haben am Dienstag im Ältestenrat des Landtags dessen Einberufung abgelehnt.

Hinsichtlich des deutschnationalen Antrags auf sofortige Einberufung gab die Mehrheit des Ältestenrates der Auffassung Ausdruck, dass die Bestimmungen des Artikels 17 der Preussischen Verfassung sich lediglich auf den Fall beziehen, dass der Landtag geschlossen worden ist, während im vorliegenden Falle nur eine Vertagung erfolgt ist, die der Landtag mit Mehrheit beschlossen hat. Hinsichtlich des kommunistischen Misstrauensantrages wurde von den Regierungsparteien der Standpunkt vertreten, dass es allerdings zutreffe, dass über einen solchen Antrag innerhalb 14 Tagen nach seiner Einbringung abgestimmt werden müsse. Als "eingebracht" könne ein Antrag jedoch erst gelten, wenn ihn der Präsident dem versammelten Landtag vorgelegt habe. Daher laufe die vierzehntägige Frist erst vom Tage des Wiederzusammentritts, also vom 13. Oktober an. Von den Regierungsparteien wurde erklärt, dass bei einer anderen Auslegung eine kleine Minderheit die Möglichkeit haben würde, den Landtag jede Woche zu Zusammentritt zu zwingen; das könne nicht Sinn der Verfassung sein.

SPD. Paris, 1. September (Eig. Drahtb.)

Der "Temps" beschwert sich am Dienstag darüber, dass, obgleich das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung noch nicht bekannt ist, von Berlin aus Meldungen in Umlauf gesetzt werden, nach denen Deutschland in der Frage der Zollunion nicht gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages verstossen habe, während Österreich die Bestimmungen des Protokolls vom 4. Oktober 1922 verletzt habe. Es sei zumindestens sonderbar, so schreibt die Zeitung, dass man sich in Berlin im Voraus bemühe, die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Weiter erklärt der "Temps", dass die deutsche und die österreichische Regierung den Wunsch hätten, die Diskussion über die Zollunion vor dem Völkerbundsrat auf einen günstigeren Zeitpunkt zu vertagen, da sie wüssten, dass man dabei eine politische Prüfung des Problems nicht verhindern könnte. Auf diesen Wunsch sei es zurückzuführen, dass Schober die angekündigte Verzichtserklärung auf die Zollunion noch nicht abgegeben habe.

SPD. Reichstagspräsident Löbe hat den Ältestenrat des Reichstags für Freitag-Nachmittag 4 Uhr zu einer Sitzung einberufen, in der über den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstags entschieden werden soll.

SPD. New York, 1. Sept. (Eig. Drahtb.)

In dem Finanzbericht der National City Bank of New York wird eine Klä- rung der internationalen Schuldenprobleme vor Ablauf des Hoover-Jahres gefordert. Die augenblickliche Unklarheit vertiefe die Wirtschaftsdepression und müsse die Weltlage im nächsten Jahre ungleich ernsthafter gestalten.

SPD. Chemnitz, 1. September (Eig. Dr.)

Am Dienstag fand in Chemnitz eine Konferenz der gemeinnützigen Bauvereinigungen, der Bauhütte, der Berufsorganisation im Baugewerbe, der freien Gewerkschaft und der Sozialdemokratie Sachsens statt. Gegenstand der Beratung war die Verordnung der sächsischen Regierung vom 22. August, durch die alle Bauten eingestellt werden mussten. Die Konferenz nahm eine Entschliessung gegen die Drosselung des sächsischen Baumarkts an, in der es u. a. heisst:

"Durch die Verordnung des Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums werden ganz besonders die gemeinnützigen Bauvereinigungen getroffen. In ihren Bauvorhaben sind Summen für Zwischenkredite enthalten, die hoch verzinst werden müssen. Durch das Bauverbot wird die geleistete Arbeit wertlos. Dieser Verlust und hohe Zinsen für Zwischenkredite können den Ruin vieler Baugenossenschaften und Baugesellschaften herbeiführen. Die Verordnung der sächsischen Regierung stellt wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisch eine schwere Schädigung der unmittelbar davon betroffenen wirtschaftlichen Organisationen ebenso wie der Arbeiter- und Angestelltenschaft des Baugewerbes, aber auch der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Wirtschaft überhaupt dar. Die Konferenz fordert, dass zum mindesten das diesjährige Wohnungsbauprogramm unter allen Umständen voll durchgeführt wird. Dieses Programm umfasst ohnehin nur etwa 25 bis 30 Prozent des in früheren Jahren geschaffenen Wohnraumes. Deshalb muss die Verordnung vom 22. August sofort aufgehoben werden."

Eine Abordnung der Konferenz wird bei der sächsischen Regierung vorstellig werden. Die Sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags wird diese Aktion mit allem Nachdruck unterstützen.

SPD. Halle, 1. September (Eig. Drahtb.)

Das grosse Schöffengericht verurteilte zwei jugendliche Nationalsozialisten aus Bitterfeld wegen Beleidigung des früheren Reichsaussenministers Stresemann zu je 90 Mark Geldstrafe, von der Anklage der Beleidigung des früheren Reichspräsidenten Ebert wurden die Rowdies freigesprochen.

Die beiden Angeklagten hatten am 10. März in einer nationalsozialistischen Versammlung, der eine als Leiter, der zweite als Redner, den Reichspräsidenten Ebert und den Reichsaussenminister Stresemann beschimpft. Von Ebert wurde behauptet, dass er während seiner Reichspräsidentenschaft alle Ministerposten mit Juden besetzt hätte, von Stresemann wurde gesagt, er habe für die verräterische Rolle, die er bei der Unterzeichnung des Young-Plans gespielt habe, den Nobelpreis erhalten. Der Staatsanwalt beantragte mildernde Umstände, weil die Angeklagten noch jung und unbestraft seien. Mit dieser Motivierung kann man schliesslich jede "Heldentat" nationalsozialistischer Rowdies entschuldigen.

SPD. Saarbrücken, 1. Sept. (Eig. Drahtb.)

Der von der Saarbevölkerung insbesondere unter Führung der saarländischen Sozialdemokratie seit zwei Jahren geführte Kampf für eine Saar-Völkerbundsanleihe hat jetzt zu einem Teilerfolg geführt. Die Regierungskommission des Saargebietes wird, nachdem die Zustimmung der deutschen und der französischen Regierung nunmehr vorliegt, während der diesjährigen Völkerbundsratstagung eine Anleihe von 150 Millionen Francs zur Konsolidierung der Gemeindefinanzen des Saargebiets erhalten.

Die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets hat die Forderung gestellt diese Anleihe um einen namhaften Betrag zur Belebung des Arbeitsmarktes an der Saar zu erhöhen. Sie hat zur Vertretung dieser Forderung zwei Delegierte nach Genf entsandt.

SPD. Paris, 1. September (Eig. Drahtb.)

Im "Journal" spricht Paul Boncour die Befürchtung aus, dass man auf der Abrüstungskonferenz die Sicherheit Frankreichs kompromittieren wolle. Das Scheitern der Verhandlungen würde der Ausgangspunkt für eine Wiederaufrüstung der Mächte sein, deren Streitkräfte durch die Friedensverträge vermindert worden seien. Die Konferenz habe nur dann Erfolg, wenn sie in dem durch den Völkerbundspakt festgesetzten Rahmen gehalten werde. Eine der wichtigsten Bestimmungen des Völkerbunds Paktes sei der Teil des Artikels acht, in dem es heisst, dass die Abrüstung jedes Landes den Erfordernissen seiner nationalen Sicherheit und seiner internationalen Verpflichtungen angepasst werden müsse. Das bedeute, dass der Pakt ein Ganzes sei, und dass der Artikel acht hinfällig werde, wenn der Artikel 16 ausser Kraft gesetzt werde, der vorschreibe, dass im Falle eines nicht provozierten Angriffs die anderen Signatäre des Paktes dem betreffenden Staat mit ihren finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen Hilfsmitteln beistehen. Die Beschränkung der Herabsetzung der Rüstungen sei also an das Vorhandensein einer internationalen Streitmacht gebunden, die imstande ist, die Schiedsgerichtsbeschlüsse respektieren zu lassen.

Paul Boncour gibt schliesslich der Hoffnung Ausdruck, dass Frankreich bereit sei, einem derartigen Plan zuzustimmen, d. h. alle seine Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und der Luft dem Völkerbund zur Verfügung zu stellen, wenn auch die anderen Mächte gleichfalls dazu bereit seien, würde die Gleichheit der Rüstungen leicht durchzuführen sein.

-----

SPD. Washington, 1. September (Eig. Dr.)

Der Vorschlag Paul Boncours, die nationalen Streitkräfte unter die Kontrolle des Völkerbundes zu stellen, ist hier kühl aufgenommen worden. Die amtlichen amerikanischen Kreise bezeichnen eine solche Regelung als ein ausgesprochen europäisches Problem, das für Amerika bedeutungslos sei.

-----

SPD. Halle, 1. September (Eig. Drahtb.)

Gegen den Inhaber des vor kurzem zusammengebrochenen Bankhauses Schönlich, Schwarz, ist von der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Depotunterschlagung eingeleitet worden. Die Strafverfolgung erfolgt auf Antrag des Konkursverwalters. Es ist das dritte Verfahren, das gegen Inhaber zusammengebrochener hallischer Privatbanken eingeleitet worden ist.

-----

SPD. Die Dienstag-Sitzung des Preussischen Staatsministeriums, die sich mit den Sparmassnahmen auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August zur Sicherung der Haushalte beschäftigte, wurde nach vierstündiger Dauer auf Mittwoch vertagt. Beschlüsse wurden noch nicht gefasst.

-----

SPD. Frankfurt/M., 1. Sept. (Eig. Dr.)

Der Frankfurter Gewerkschaftskongress nahm am Dienstag zu den Arbeitsbeschaffungsplänen des Internationalen Arbeitsamtes folgende Entschliessung an :

"Der internationale Charakter der heutigen Krise erschwert ihre Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft. Deshalb muss eine grosszügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen

Kreditvereinbarung angestrebt werden. Der Kongress beauftragt daher den Bundesvorstand, die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen."

---

SPD. Halle, 1. September (Eig. Drahtb.)

Die Reichsstickstoffwerke in Piesteritz teilen mit, dass sie wegen Absatzmangel 200 Arbeiter und 400 Angestellte entlassen müssen.

Zwecks Vermeidung weiterer Entlassungen in dem Reichselektrowerk Zschornowitz ist mit der Betriebsvertretung eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden vereinbart worden.

Die Mansfeld A.G. in Eisleben hat wegen Absatzmangel eine weitere Feierschicht in der Woche eingeführt, sodass nunmehr nur noch an vier Tagen in der Woche gearbeitet wird. Ausserdem soll noch eine recht erhebliche Lohnkürzung vorgenommen werden.

---

SPD. Frankfurt/M., 1. Sept. (Eig. Drahtb.)

Der kommunistische Abgeordnete des preussischen Landtags Oskar Müller wurde in Bergen-Enkheim, einer Gemeinde im Landkreis Hanau, zum Bürgermeister gewählt. Die Wahl erfolgte mit Hilfe der bürgerlichen Gemeinderatsmitglieder, die aus Hass gegen den Kandidaten der Sozialdemokratie für den Kommunisten stimmten.

---

SPD. Die Bundesleitung des Deutschen Beamtensyndikats richtete am Dienstag an den Preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun folgendes Telegramm :

"Deutscher Beamtensyndikat erhebt Einspruch gegen die Absicht Preussens, bei den seiner Hoheit unterstehenden Staatsbeamten, Kommunalbeamten und Lehrern Herabstufungen, Abbau von Stellenzulagen, Vorenthalte von Alterszulagen, Kürzung von Pensionen und Hinterbliebenenbezügen und sonstige Einkommensverminderungen vorzunehmen. Durchbrechung des Grundsatzes möglicher Einheitlichkeit aller beamtenrechtlichen und Besoldungsbestimmungen widerspricht dem Sinne der Reichsverfassung und beeinträchtigt den Gedanken der Reichseinheit. Wo Besoldung auf Grund des § 43 des Preussischen Besoldungsgesetzes geprüft ist, muss es dabei gemäss ministerieller Zusicherung verbleiben."

---

SPD. London, 1. September (Eig. Drahtb.)

Das Kabinett der Konzentrationsregierung hat am Dienstag einen wesentlichen Teil des Planes zur Balanzierung des Budgets fertiggestellt und zwar den Teil, der sich auf die Sparmassnahmen bezieht. Es wird sich am Mittwoch mit dem zweiten Teil, den neuen Steuern, beschäftigen. Während die Sparmassnahmen zahlreiche administrative Schwierigkeiten bilden, muss man damit rechnen, dass die neuen Steuern und Steuererhöhungen politische Schwierigkeiten hervorrufen werden. Das Tempo der Rettungsaktion, die MacDonald übernommen hat, wird sich deshalb erheblich verlangsamen. Angesichts dieser Tatsache ist es fraglich, ob das Parlament bereits am 8. September zusammenberufen werden kann.

---

SPD. Frankfurt/M., 1. September (Eig. Dr.)

Der Gewerkschaftskongress setzte am Dienstag die Debatte über den Ge-  
schaftsbericht fort.

Frau Zammert-Hannover (Textilarbeiterin) nahm zur opendor-Bewegung Stellung. Diese Bewegung wird nur von den bürgerlichen Frauen getragen, die die harte Arbeit der Frauen in der Fabrik kaum kennen. Wir sagen: es besteht kein Widerspruch, wenn wir die Gleichberechtigung der Frauen verlangen und dazu einen besseren Arbeiterinnenschutz, denn dieser Schutz ist notwendig infolge der besonderen Funktionen, die die Frau neben ihrer Arbeit im Leben zu erfüllen hat.

Brummer-Leipzig: Selten ist eine Tagung von so einmütigem Geist beseelt gewesen, wie ihn unser Kongress aufweist. Die bereits am Montag an der Regierung geübte scharfe Kritik zeigt, wo wir stehen. Der Bundesvorstand hätte längst gegen die Missachtung der Gewerkschaftsforderungen schärfsten Protest erheben müssen. Die Gewerkschaften sind viel zu zurückhaltend, sie hätten früher und stärker an die Öffentlichkeit treten müssen. Bei der ersten Notverordnung erklärte der Bundesvorstand, er werde an der Arbeitslosenversicherung nicht rütteln lassen. Seit dem Erlass dieser Verordnung ist wiederholt sehr bedenklich am Arbeitslosenschutz gerüttelt worden. Die Rede des Reichsarbeitsministers zeigt, dass man noch weitere Opfer vom Arbeiter verlangen wird. Sollen die Unterstützungssätze noch mehr abgebaut werden? Der Hinweis des Ministers auf den Kohlrüben-Winter von 1916/17 ist für uns wahrhaftig kein Trost. Alles hat seine Grenzen, und wir bitten deshalb, unserem Antrag, der die Beseitigung der Notverordnung vom Juni fordert, zuzustimmen.

Ziegler-Breslau (Metallarbeiterverband): Wir werden der Entschliessung des Bundesvorstandes zu seinem Bericht zustimmen. Wird aber deswegen die Regierung Brüning mit der Entrechtung der Arbeiter einhalten? Wir glauben nicht daran, und was soll geschehen, wenn trotz unserer Entschliessung die Regierung Brüning ihren Kurs fortsetzt? Das ist die entscheidende Frage. Wir haben die Tolerierungsgrenze längst überschritten. Wir müssen uns ein Beispiel an den englischen Arbeitern nehmen (Zuruf: Jawohl, tu das nur!). Die Burgfriedenspolitik führt zum Ruin der Arbeiter (Zuruf: Macht uns doch Vorschläge!). Die englischen Arbeiter stellen die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung über alles. Wir machen uns zum Opfer einer verhängnisvollen Entwicklung. Ich glaube nicht an den Mut Stegerwalds. Er und Brüning sind nur mutig, wenn es gegen die Arbeiter geht.

Steinfeld-Hamburg (Zimmerer) schildert die trostlose Lage der Bauarbeiter und ihre grausame, ungerechte Behandlung in der Saisonarbeiterfrage des Arbeitslosenschutzes. Bei den 77,8 % Arbeitslosigkeit unter den Zimmerern noch von berufsbüblicher Arbeitslosigkeit zu sprechen, sei vollendeter Irrsinn. Grassmann soll sein Wort, die Gewerkschaften würden die Saisonarbeiter nicht im Stich lassen, einlösen.

Eckert-Berlin (Metallarbeiter): Mit der bisher gegenüber Brüning angeschlagenen Methode kommen wir nicht vom Fleck. Wir können seine Regierung nicht unbedingt unterstützen. Wir müssen bestimmte Forderungen stellen, und wir bitten daher den Kongress, dem Antrag der Berliner Metallarbeiter zuzustimmen.

Auf die Angriffe Ziegler's gegen die Politik des Bundesvorstandes antwortete Eggert vom Bundesvorstand: In Deutschland ist das Kabinett Müller gestürzt worden, weil es dem reaktionären Druck nicht nachgeben wollte. Wir haben in Deutschland unter viel schwierigeren Umständen zu kämpfen, als in England. Es ist gefährlich, der Regierung förmlich die Stichworte für neue Notverordnungen zu geben. Die letzte Notverordnung muss die letzte sein und bleiben. Sie war ja nur als Pegel für die Reparationsfrage gedacht. Viele Kollegen reden an den Problemen vorbei. Wir stehen im Kampf gegen den Kapitalismus. Bei diesem Kampf handelt es sich um einen Umwandlungsprozess, wie auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress bereits dargelegt worden ist.



**Frau Gladosch-Berlin:** Wir sind der Ansicht, dass die Arbeiterinnen, soweit es sich um Kriegerfrauen handelt, nicht schlechter behandelt werden dürfen als die pensionierten Offiziere. Es ist betrüblich für uns, feststellen zu müssen, dass es um den Arbeiterinnenschutz so trostlos bestellt ist. Wir sind die Hauptleidenden bei der Erwerbslosenversicherung.

**Wagner-Solingen** spricht über die Lage der Heimarbeiter in Solingen. Ströme von Tränen, Berge von Leid kennzeichnen den Weg, den unsere Arbeiter gehen mussten. Ein Schleifer wird nicht mehr älter als 35 Jahre im Durchschnitt. Die häuslichen Wohnverhältnisse machen das Elend grösser. Wenn man sie jetzt auch noch von der Arbeitslosenversicherung ausschliessen will, was soll da aus unseren Arbeitern werden?

**Simon Kraus-Stuttgart** kritisiert in heftiger Form den Bundesvorstand: Der Kapitalismus befindet sich in einer Niedergangs-Periode, aus der er sich niemals erholen wird. Er wird sich nur auf Kosten der Arbeiterschaft noch einige Zeit halten können. Unsere Entschliessungen, Eingaben, Bittgänge bis zum Reichspräsidenten blieben unbeachtet. Die Notverordnung wird nicht revidiert. Wir werden noch etwas Schlimmeres erleben. Stegerwald ist mehr gerissen, als mutig. Wir sind mitverantwortlich für die Not und für den Faschismus, wenn wir eine Regierung weiter tolerieren, die Europas Interessen brüskiert. Wir dürfen nicht bürgerliche Regierungen tolerieren, wir dürfen das kapitalistische System nicht stützen, sondern stürzen (Beifall)!

**J. Simon-Nürnberg** findet es unerhört, dass Kraus die Gewerkschaften für die Notverordnung verantwortlich machen wolle. Der Versuch der Konstruktion eines Gegensatzes zwischen den deutschen und englischen Gewerkschaften und der Arbeiterpartei ist deplaziert. Musste nicht gerade auf Wunsch der Gewerkschaften die Regierung Müller zurücktreten, da sie sich nicht dafür hergeben wollte, die Arbeitslosenunterstützung zu kürzen? Was der Arbeitsminister über die 40-Stundenwoche gesagt hat, ist ganz ungenügend. In der Schuhindustrie haben wir heute bei dem Stand der Rationalisierung 25 - 30 000 Arbeiter zu viel, die vielleicht nie mehr in den Produktionsprozess eingeschaltet werden können. Die Politik des Reichsarbeitsministeriums muss zur Sprengung und Vernichtung der Tarifpolitik führen. Der Redner führt dafür ein markantes Beispiel aus Oberschlesien an. Man soll die so oft vertretene Disziplin der Arbeiter auf keine allzuharte Probe stellen. Unsere Geduld ist erschöpft. Wir müssen warnen auf diesem Wege weiter zu gehen (Beifall)!

**Wilhelm Eggert, Bundes-Vorstand:** Die scharfen Worte, die auf dem Kongress gegen die Notverordnungen gefallen sind, werden weit überboten von der Schärfe der Anstrengungen, wie die Gewerkschaftsorgane den Kampf gegen diese Notverordnungen führten. Es ist selbstverständlich, dass die arbeitende Klasse als die ärmste im organischen Staatswesen nicht derart belastet werden darf. Aber es ist auch taktisch verfehlt, wenn ausgesprochen wurde, dass noch schlimmere Lasten folgen würden. Die Regierung muss sich ja dann geradezu bemüsst fühlen, diese Prophezeiungen wahr zu machen. Wir stimmen vollkommen mit der Opposition in der Meinung überein, dass keine grössere Belastung folgen darf. Aber bei der Prüfung der Frage, mit welchen Mitteln eine Korrektur der bisherigen Notverordnungen zu erreichen sei, erweist sich immer wieder der Zwiespalt der Arbeiterklasse als das grösste Unglück in dieser Stunde. Brüning hat selbst gesagt, dass die bisherigen Notverordnungen die schärfste Belastung darstellen, die dem Deutschen Volke zugemutet werden könne. Wie kann man dann von der Tribüne des Gewerkschaftskongresses mit beabsichtigten weiteren Verschlimmerungen operieren! Auch der Vergleich, der zwischen der Lage Deutschlands und derjenigen Englands gezogen wurde, ist abwegig. Wenn man aber schon die jetzigen Vorgänge in England heranziehen will, so muss man feststellen, dass das Kabinett Hermann Müller schon viel früher dasselbe getan hat, was England heute tut. Was in England geschieht, ist das Strafgericht gegen einen angeblichen

Disziplinbrecher, und es wäre angebracht gewesen, wenn der Kollege Ziegler daraus die Lehre gezogen hätte. Wir sind mit der Regierung Brüning unverbunden, wir brauchen sie in keinem einzigen Falle in Schutz zu nehmen. Das Problem lautet aber: Was kommt nach der Regierung für eine politische Konstellation? Niemand dürfte den Mut besitzen, das, was hinterher kommt, für besser als das, was jetzt ist, zu halten. Alle Kämpfe unserer Bewegung gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei sind nichts anderes, als der Kampf um den Sturz des kapitalistischen Systems. Hier haben wir Klarheit darüber geschaffen, dass dieser Sturz ein Entwicklungsprozess ist, beeinflusst von der geschichtlichen Taktik der Gewerkschaften. Dass ausgesprochen wird, wir wären verantwortlich an der Not der Erwerbslosen, ist ungeheuerlich, ist entweder Verblendung oder Böswilligkeit. Bei Einsicht in die Akten des Bundesvorstandes müssten sich die Leute, die solche Behauptungen aufstellen, schämen. Die Agrarpolitik der Regierung Brüning ist deswegen ein so unerhörtes Verhängnis für die arbeitende Klasse, weil der Raum für die Lebenshaltung so beengt wurde, dass dem Arbeiter ein Verbrauch anderer Gegenstände als Lebensmittel nicht mehr möglich ist. Die Agrarpolitik muss auf jeden Fall umgebogen werden mit oder ohne Schiele. Der ganze Lohnabbau sei durch die sogenannte Rettung der Landwirtschaft dieser zugutegekommen, sodass die Industriearbeiter die Landwirtschaft gestützt haben. Diese Erkenntnis und Wahrheit müsse die schärfste Waffe in unserem Kampf um eine Besserung des Lohnniveaus sein. (Starker Beifall.)

Oskar Kurpart-Dresden (Gesamtverband) tritt für die Unterstellung der Hausangestellten unter die Unfallversicherung ein. Ebenfalls forderte er die Einbeziehung der Angestellten der Heil- und Pflegeanstalten in die Unfallversicherung. Kurpart kritisiert die Arbeitszeit in den Krankenhäusern und Kliniken, ferner den Eintritt in die Lauffristen der Verträge bei den Angestellten und Arbeitern der Behörden. Der fundamentale Angriff auf das Lohnniveau der Gemeindearbeiter sei mit Hilfe der Partei und Gewerkschaften zum grossen Teil abgeschlagen worden und man habe ein kleineres Uebel in Kauf genommen, um das weitaus grössere zu vermeiden. Jeder habe die Pflicht, diese Erfolge anzuerkennen. Mehr als je müsse heute die Parole lauten: Für Einheit, festen Zusammenschluss, Organisation.

Damit ist die Liste der Diskussionsredner erschöpft. Leipart erhält das Schlusswort :

Der Verlauf der Debatte ist ein klares und eindeutiges Vertrauensvotum für den Bundesvorstand gewesen und der Bundesvorstand spricht seinen Dank aus. Aber Ihr Kolleginnen und Kollegen dürft nicht draussen die Stimmung aufkommen lassen, dass alle Hoffnungen ausschliesslich und allein auf den Bund zu setzen sind. Der Bund hat allerdings die Führung der gesamten Gewerkschaftsbewegung an sich genommen und nicht aus der Hand gelassen. Aber die Aufgaben der einzelnen Verbände als der unmittelbaren Organe sind damit bestehen geblieben.

Auch der neu zu wählende Bundesvorstand wird sicher mit ernstem Eifer die auf diesem Kongress geäusserten Wünsche in allen Einzelheiten getreulich zu erfüllen trachten. Es ist bemängelt worden, dass ich in meinem ausführlichen Bericht kein Wort von den Saisonarbeitern gesprochen habe und ihre Unterstützung nicht erwähnte. Ich will es nachholen, gerne sagen, dass es eine grosse Ungerechtigkeit ist, von berufsbüchlicher Arbeitslosigkeit zu sprechen. Gerade im Baugewerbe war es nie der Fall, dass mitten im Sommer Arbeitslosigkeit herrschte. (Zuruf: Sehr richtig!) Der Bundesvorstand wird seine Bemühungen zur Milderung und Beseitigung der Härten fortsetzen. Die Kollegen von den Heimarbeitern der Solinger Metallindustrie haben darauf verwiesen, dass der Bundesvorstand dauernd im Einvernehmen mit dem Metallarbeiterverband versucht hat, eine gerechte Regelung der Unterstützung der Solinger Heim-Metallarbeiter-schaft zu erreichen und es ist selbstverständlich, dass der neue Bundesvorstand im gleichen Sinne tätig sein wird.

Und nun von meiner Seite ein Wort von der Mitverantwortlichkeit der Gewerkschaften für die Politik der Sozialdemokratie. Wir lehnen diese Mitverantwortlichkeit nicht ab. Es ist ein Verdienst der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratischen Partei zusammen, dass der Faschismus und der Kommunismus keines ihrer verbrecherischen Ziele erreicht haben und wir werden weiter unsere ganze Kraft einsetzen, immer in treuer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei, dass diese Ziele immer unerfüllt bleiben. (Beifall.)

Warum wir nicht die "letzten Konsequenzen" aus unseren guten und richtigen Entschliessungen ziehen: weil wir Furcht vor der "sozialen Revolution" hätten! Ich bin der Meinung: Wir stehen in dieser sozialen Revolution seit Jahrzehnten mitten drin. (Beifall.) Wenn man allerdings den Bürgerkrieg darunter verstanden wissen will, so sage ich sicher im Einverständnis mit dem ganzen Kongress: Wir haben keine Freude an diesem Kampf, am Bürgerkrieg, aber wir wollen den Klassenkampf der Arbeiterschaft führen, nicht des Kampfes wegen, sondern weil unsere grosse Aufgabe ist, auf dem Wege der Führung des Klassenkampfes, des geordneten Klassenkampfes die Lage der Arbeiterschaft zu heben. Und zu diesem Klassenkampf rufe ich die ganze deutsche Arbeiterschaft auf, rufe ich auf zur Hilfe, damit dieser Klassenkampf nicht nur gut geführt, sondern auch erfolgreich zu Ende geführt wird. (Stürmischer Beifall.)

Es folgen die Abstimmungen. Die Entschliessung des Bundesvorstandes wurde einstimmig angenommen. (Siehe pol. Teil.) Dem Bundesvorstand wird Entlastung und Vertrauen gegen eine Stimme ausgesprochen. Das Vertrauensvotum wird mit Beifall aufgenommen. Damit ist der Bericht des Bundesvorstandes erledigt.

Die Einleitung zum 3. Punkt der Tagesordnung gibt Professor Lederer-Heidelberg durch einen gross angelegten Vortrag über die Umwälzungen in der Wirtschaft und die 40-Stundenwoche. Er führte im wesentlichen aus :

Die Völker haben infolge der Wirtschaftskrise heute fast nicht nur ein unüberwindliches Misstrauen gegen die Wirtschaftsführer, sondern auch gegen die Nationalökonomen. Die Nationalökonomen haben es allerdings schwieriger als die Mediziner. Der Arzt verschreibt eine Medizin und in den meisten Fällen hat er mindestens die Gewissheit, dass die Medizin auch genommen wird. Regierung und Publikum kümmern sich aber den Teufel darum, was die Nationalökonomen für Medizin verschreiben. Man kann der Wirtschaft nicht helfen, wenn nicht vorher eine genaue Diagnose gestellt worden ist. Die Krise ist nicht mit einer Zeileis'schen Bestrahlung zu heilen. Wir brauchen vor allem eine genaue Röntgen-Untersuchung, Durchleuchtung der Gebrechen und deren Ursachen.

Die jetzige Krise lässt sich mit den früheren kaum vergleichen. Es besteht ein ungeheurer Unterschied in der Grösse und in der Art, weil eben die Krise weit über die Grössenverhältnisse aller früheren Krisen hinausgewachsen ist. Es ist etwas anderes, ob man 5 Prozent oder 25 Prozent Arbeitslosigkeit zählt, und es ist etwas anderes, ob in der Produktion eine Verlangsamung des Wachstums festzustellen ist oder eine Rückbildung des Produktionsvolumens. Es kommt auch darauf an, welche Völker von der Krise betroffen werden. Früher hatten die ineinandergelassenen Wirtschaftskörper der einzelnen Staaten der Welt wirtschaft gewisse Ausgleichstendenzen. Das ist heute kaum mehr der Fall. Die Krise hat ja fast die Welt in allen entscheidenden Punkten ergriffen. Früher wurde die Krise gewissermassen als Schicksal hingenommen, heute nicht; denn wir wissen, dass die Krise durch ungeheure Fehler und Irrtümer hervorgerufen wurde, weil der Kapitalismus die technische und wirtschaftliche Entwicklung nicht meistern konnte.

In allen Sphären der Produktion sind technische Fortschritte und Veränderungen erreicht worden, die sich im Rahmen der Weltwirtschaft auswirken müssen. Wir stehen heute einer neuen technischen Welt gegenüber. Auch in der Rohstoffbasis sind Veränderungen spürbar. Technische Fortschritte, beschleunigte Rationalisierung haben in der Wirtschaft empfindliche Störungen hervorgerufen. In

einer kapitalistischen Wirtschaft fehlt eben ein planvolles Vorgehen. Die erste Wirkung des neuen technischen Fortschritts war eine ungeheure Investitionskonjunktur, eine riesige Ausweitung der Produktion. Diese Konjunktur war begleitet von einer Steigerung der Preise und einer Aufwärtsbewegung der Kurse an der Börse, Das alles trieb zu einer Inflation der Werte. Man überwertete und trieb die Kurse an der Börse hemmungslos in die Höhe. Die Wirtschaftszweige, deren Papiere an der Börse günstige Kurse erzielten, erhielten leicht Kredite. Die Konstellation des Bankwesens hat die Kreditbeschaffung für bestimmte Industrien erleichtert. Einige Industrien erhielten grosse Anlagekredite, andere nicht. Es gibt heute in Deutschland eine ganze Reihe von Betrieben, die arbeiten möchten und auch arbeiten könnten, soweit der Markt in Frage kommt. Aber sie haben keine Mittel. Die Mittel sind in die Riesenkonzern hineingesteckt worden und zwar auch dort, wo die Kredite nicht sachgemäss verwendet werden konnten. Wichtige Exportindustrien konnten sich dagegen auf Kreditbasis nicht erweitern. Die Bedeutung der kleineren Industrien wurde nicht genügend erkannt und gewürdigt, vielleicht auch nicht von den Gewerkschaften. Das Kapital strömte vielfach nicht in die Kanäle, aus denen es stammte. Erschwert wurden die Verhältnisse ferner durch den Altersaufbau der Bevölkerung. Die 2 bis 3 Millionen erwerbssuchenden Menschen, die wir heute in der Wirtschaft mehr haben, spielen in der Frage der Krise eine keineswegs unwesentlich Rolle. Der Bedeutung der Subventionen - und dazu gehören auch die Zölle - wurde nicht genügend und nicht rechtzeitig genug die nötige Beachtung geschenkt. Die Uebersteigerung unserer Nahrungsmittelpreise ist eine schwere Belastung für die Exportindustrie.

In der Öffentlichkeit begegnet man vielfach dem Glauben, dass die Krise in erster Linie oder fast nur auf politischem Wege zu heilen sei. Richtig ist, dass heute eine sehr scharfe Verquickung zwischen Politik und Wirtschaft besteht. Vor dem Kriege war die Wirtschaft politisch noch vielfach blind. Früher rechnete man nicht mit der Gefährdung der ökonomischen Zusammenhänge durch politische Ereignisse. Die Soldaten Napoleons trugen englisches Tuch. Heute ist die Wirtschaft sehr hellhörig gegenüber politischen Stimmungen, und gerade die Ereignisse in der jüngsten Zeit haben das deutlich genug gezeigt. Man braucht ja nur an die Hitlerwahlen zu erinnern. Die politische Nervosität unserer Tage ist zweifellos eine starke Ursache der Verschärfung der Wirtschaftskrise. Eine Bereinigung der politischen Probleme tut selbstverständlich not. Das Ausland weiss es schon lange, dass Deutschland die Reparationen leisten kann. Daher das Misstrauen gegen den deutschen Wirtschaftskörper, daher die kurzfristigen Kredite, daher die Schwierigkeiten auch in Österreich und in England. Jeder Kapitalist möchte am Liebsten in der Nähe der Türe sitzen, damit er sofort abrücken kann, wenn die Situation brenzlich wird. Da alle so schnell wie möglich durch die Türe kommen wollen, gibt es Panik. Eine Zurückforderung aller Kredite ist wirtschaftlich unmöglich, ein Abbau des internationalen Kreditsystems würde uns natürlich eine Art Autarkie aufzwingen, aber diese Autarkie wäre ein Leben in Armut und Not. Wir können nicht leben wie in den Liedern die Hirten in den Bergen. Für eine grosse industrielle Nation bedeutet Autarkie nichts anderes als Vergrösserung der Armut und damit der politischen Spannung. Eine Zerreiissung der internationalen Wirtschaftsverflechtung bedeutet unbedingt eine Katastrophe. Umgekehrt geht der Weg. Der Schritt vom Handwerker zur Maschine war der Schritt von der Stadtwirtschaft zum Wirtschaftsgebiet eines Landes und schliesslich zum Zollgebiet des Reiches. Diese Entwicklung bleibt nicht still stehen. Wenn bald eine einzige Traktorenfabrik fast die ganze Bauernschaft Deutschlands mit Traktoren ausrüsten kann, dann bedeutet das zwangsläufig eine Erweiterung des Staatswirtschaftsgebietes. Der internationale Austausch muss wachsen. Die produktiven Möglichkeiten müssen aus den Fesseln der Rechtsformen, um an ein Wort von Karl Marx zu erinnern

befreit werden. Statt über den nationalstaatlichen Rahmen hinauszuwachsen, stossen wir aber auf politisch immer stärkere Hemmnisse.

Aufgabe der Politiker ist es, alle diese Zusammenhänge aufzuzeigen, die zwischen Politik und Wirtschaft bestehen. Aber trotzdem ist ein wirtschaftlicher Prozess notwendig, wenn wir aus der Krise herauskommen wollen. Wie ist dieser Prozess einzuleiten, und auf welchen Feldern der Produktion? Es gibt Leute, die sagen, es gebe so viele Arbeitslose als der Gouverneur der Bank für England für gut halte. Die Arbeitslosigkeit steige und falle je nachdem der Diskont in die Höhe gehe oder auf 0 Prozent heruntersinke. Ganz so einfach ist die Sache aber nicht. Gewiss können die Zentralbanken durch Herabsetzung des Diskonts etwas zur Ankurbelung der Produktion tun. Aber die Frage bleibt, ob diese Ankurbelung in der richtigen Richtung geht, oder ob es sich nur um eine vorübergehende Belebung handelt. Die Frage ist: Wie soll der Kredit angewendet werden? Sie spielt eine entscheidende Rolle. Welches sind die richtigen Felder der Investitionen? Diese Frage ist mit der Beseitigung des politischen Misstrauens noch nicht gelöst. Arbeitsbeschaffung zur Stärkung der Reichsbahn gegenüber der Konkurrenz des Autobusses ist kein Mittel zur Lösung der Krise. Oder was soll die Finanzierung von Agrarstaaten, wo heute die Welt mit Agrarprodukten überflutet ist? Die Idee der Notstandsarbeiten, auch die in internationalem Massstab, ist keine Antwort auf die Frage: Wo investieren? Die Produktionskapazität muss ausgefüllt werden. Erweiterung der Betriebskredite in aussichtsreichen Unternehmen, d.h. in solchen, die ihren Markt erweitern könnten, wäre am Platz. Das wäre eine erste Station. Wir kommen also um eine Kontrolle der Verteilung der Kredite nicht herum. Man muss schon tiefer eingreifen. Wir brauchen eine planmässige Lenkung des Kapitalstroms.

In diesem Zusammenhang nun ein Wort zur 40-Stunden-Woche. Der Ablauf der Krise ist bestimmt nur ein langsamer Prozess. Manche Leute meinen, den Wagen mit irgend einem Gewaltsakt in Bewegung zu bringen. Das kann man. Die Frage ist nur, soll er bergab oder bergan gehen? Bergab läuft er bestimmt sehr schnell. Wir wären zufrieden, wenn wir die Arbeitslosenzahl wenigstens auf ein gewisses Niveau herunterbringen könnten. Deshalb wird von den Gewerkschaften die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Wir stehen vor der Frage, ob nach einer Ueberwindung der Krise, d.h. nach Ausfüllung der Produktionskapazität eine völlige Aufsaugung der Arbeitslosen eintreten wird. Prophezeien ist schwer. Ich halte es für unwahrscheinlich, dass selbst bei einer kräftigen Besserung der Lage sämtliche Arbeitslose von der Wirtschaft aufgesaugt werden. Der Grund dafür liegt im Tempo des technischen Fortschritts. Wenn arbeitssparende Methoden eingeführt werden, so ist bestimmt noch keine Garantie gegeben, dass die Kapitalbildung rasch genug vor sich geht. Kapitalbildung durch Lohnsenkung ist aber bestimmt kein Weg zur Lösung der Krise. Der technische Fortschritt geht rascher vor sich als die Kapitalbildung und deshalb ist damit zu rechnen, dass ein grosser Teil der Arbeitslosen noch lange freigesetzt bleibt, weil für sie kein Produktionsrahmen gegeben ist. Man kann Rohstoffe auf den Markt werfen, nicht aber neue Fertigwaren. Das Wachstum der Fertigungsindustrie kann nur in einem bestimmten Tempo vor sich gehen.

Also willst du den technischen Fortschritt drosseln? Auf diese Frage ist zu antworten: Jawohl. Im Interesse der Gesamtbevölkerung ist sehr zu überlegen ob man nicht bremsen soll. Bremsen ist nicht vernichten. Dieses Bremsen wird in verschiedenen Industriezweigen ja bereits geübt. So hat man die Flaschenmaschine nur allmählich eingeführt. Neue Produktionsmöglichkeiten müssen sich erst bilden. Jedenfalls haben wir mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit auf längere Zeit hinaus zu rechnen, und wir brauchen eine Organisation der technischen Entwicklung natürlich im weltwirtschaftlichen Rahmen. Das Arbeitsvolumen muss über die ganze Bevölkerung verteilt werden. Das soll keine bloss vorübergehende Notmassnahme sein, sondern eine Dauermassnahme. Als solche ist

die Arbeitsverkürzung zu empfehlen. Sie verringert nicht die Höhe des Sozialprodukts, verbessert aber die öffentlichen Finanzen und ebenso die Lage der Sozialversicherung. Dazu kommt noch, dass heute eine starke Intensivierung der Arbeit in zahlreichen Produktionszweigen vorhanden ist. Die Zahl der strukturelle Arbeitslosen beträgt sicherlich eine Million. Die Zahl der Arbeitslosen, die durch die Arbeitszeitverkürzung wieder in Arbeit kommen können, wird stark unterschätzt. 800 000 könnten in Arbeit kommen. Die Frage des Lohnausgleichs ist augenblicklich kein praktisches Problem. Sie wird ein solches erst bei der Besserung der Wirtschaftslage; denn solange die Arbeitslosigkeit so enorm gross ist, können auch starke Gewerkschaften keine Steigerung des Reallohnes durchsetzen.

Mit der Verkürzung der Arbeitszeit wird die Verwendung der Freizeit von neuem ein sehr wichtiges Problem. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die neu entstehende Freizeit zu einer neuen Möglichkeit für den Aufstieg der Arbeiterklasse zu machen. Ein langes Wochenende und sieben Stunden Arbeit müssen die Voraussetzungen dafür schaffen. Das Ziel der Entwicklung muss sein eine Freisetzung starker persönlicher Kräfte vom Druck der Erwerbsarbeit.

Lederers Vortrag wurde vom Kongress mit grossem Interesse und starkem Beifall entgegengenommen. Vorsitzender Brandes dankte im Namen des Kongresses für die geistvolle Durchleuchtung der brennenden wirtschaftlichen Probleme, vor allem der Frage der Arbeitszeit, die für die Arbeiterschaft eine Lebensfrage geworden ist.

#### Nachmittags-Sitzung.

Am Dienstag nachmittag begrüsst Jouhau, der Führer der frei organisierten französischen Arbeiterschaft, den Kongress. Sein französisch vorgetragener Gruss war ein leidenschaftlicher Ausdruck der Sympathie der französischen Arbeiterschaft für ihre im schweren Kampfe stehenden deutschen Klassengenossen.

Wir in Frankreich - erklärte Jouhau - sehen das Elend der deutschen Arbeiter, wir fühlen nicht nur mit den deutschen Arbeitern, sondern unser stärkster Wunsch ist, zusammen mit den deutschen Arbeitern, durch internationale Aktionen den Kampf gegen den Peiniger der Volksmassen, die kapitalistische Reaktion, aufzunehmen und durchzuführen. Es genügt nicht, die Krise des Kapitalismus zu untersuchen - suchen müssen wir nach den Mitteln zum Kampf gegen die Erscheinungen der Krise. Ueberall erhebt unter der Führung der internationalen Finanz die soziale Reaktion ihr Haupt. In England bekam die Arbeiterregierung keine Kredithilfe. Nach dem Sturz der Regierung war diese Hilfe plötzlich da. Die Arbeiterschaft muss sich darüber klar werden, dass ihr niemand hilft. Sie kann sich nur selbst helfen. Die Lösung der Krise ist heute ein internationales Problem. Man erreicht diese Lösung nicht durch Annahme von Entschliessungen, sondern nur durch praktische Kampfmassnahmen. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind muss gemeinsam organisiert werden. Wir brauchen einen Plan internationaler Zusammenarbeit aller Völker und zugunsten dieses Planes muss die Arbeiterklasse ohne Furcht und rücksichtslos ihr ganzes Gewicht in die Wagschale werfen. Die Krise ist eine Systemkrise und ihr gegenüber hilft nur dem Arbeiter die eiserner Zusammenschluss. Die französischen Arbeiter sind zum äussersten entschlossen. Sie sind bereit, ihre ganze Kraft für diesen Kampf zur Befreiung der Arbeiter, der Arbeiter der ganzen Welt einzusetzen. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schumann dankt Jouhau für den Gruss der französischen Arbeiter und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass es den vereinten Bemühungen der deutschen und französischen Arbeiter gelingt, die Regierungen der beiden Länder zu veranlassen, dass durch Verhandlungen die politische Atmosphäre gereinigt und eine politische und wirtschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeigeführt wird. Nur durch diese Verständigung könne die Krise in Europa beseitigt werden.

Die Aussprache über die Frage der 40-Stundenwoche eröffnete Eggert, Wirtschaftssekretär des ADGB-Berlin: Die Krise ist eine Folge des schreienden Missverhältnisses zwischen der Kraft der Erzeugung und der Schwäche des Umsatzes auf den Märkten. Nach den Feststellungen des Völkerbundes haben wir eine Steigerung der Produktion seit 1913 bis 1928 von durchschnittlich 26 Prozent, dagegen nur eine Steigerung der Weltbevölkerung um 10 Prozent. Die Produktion an Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Waren aller Art hat ungeheuer zugenommen. Kein Wunder, wenn es Leute gibt, die diese Fülle drosseln möchten. Deutschland mit seinem riesigen Produktionsapparat kann ohne eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht über die Krise hinwegkommen. Auf die Frage, was mit den 5 Millionen Arbeitslosen geschehen soll, muss endlich einmal eine Antwort gegeben werden. Die bisherige Behandlung dieser Frage durch die Regierung ist einfach unerträglich. Wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung für die Dauer. Ein blosser Notbehelf für den Augenblick genügt nicht; denn schon in der Zeit der Hochkonjunktur von 1929 war der Produktionsapparat nur zu 75 bis 80 Prozent ausgenutzt. In der Frage des Lohnausgleiches muss die Arbeiterschaft eine weitsichtige Politik treiben. Es gibt Unternehmungen, in denen 12 Prozent Dividende gezahlt wird. Dass hier ein Lohnausgleich möglich ist, versteht sich von selbst. Es gibt aber auch andere Unternehmungen. Wir können daher nicht Lohnausgleich um jeden Preis und in allen Fällen fordern; denn wir müssen einen Schritt weiter kommen. Zeit dazu ist es, wenn die deutsche Wirtschaft und ihre Menschen nicht verkommen sollen.

Bernhardt-Baugewerksbund ergänzt das von Eggert geschilderte Wirtschaftsbild mit Erfahrungen aus der Bauwirtschaft. Hier herrscht völliger Stillstand. Die Bauarbeiter werden in diesem Jahre nicht einmal auf 12 % Wochenarbeit kommen. Ein Oberbürgermeister einer grossen Stadt meldet uns, dass auf Jahre hinaus kein Bauauftrag mehr herausgegeben werden könne, wenn die Regierung nicht eine andere Haltung einnehme. Aber selbst wenn das der Fall wäre, dann bleibe immer noch die Rationalisierung, die auch im Baugewerbe ungeahnte Dimensionen angenommen hat. Gegen 1910 ist eine Steigerung der motorischen Rechte im Baugewerbe um 200 Prozent erfolgt. Eine Menge von Arbeitskräften wird eingespart, und die übriggebliebenen müssen sich dem motorischen Tempo anpassen. Auch wir Bauarbeiter verlangen eine Arbeitszeitverkürzung auf Dauer. Von den Arbeitgebern ist keine Verständigung zu erwarten. Dass die Arbeitszeitverkürzung möglich ist, haben unsere sozialen Baubetriebe erwiesen, wo von 42 bis 47 Stunden gearbeitet wird, und zwar ohne Verteuerung des Produkts. Die Arbeitsbeschaffungsidee von Albert Thomas findet unsere volle Unterstützung. Grosse im internationalen Masstab ausgeführte Bauarbeiten sind bestimmt nicht bloss Notstandsarbeiten, sondern auch ein Mittel zur Belebung der Wirtschaft. An die Bauarbeiter draussen im Lande appellieren wir, sich ohne Rücksicht auf weltanschauliche Differenzen zusammenzutun und ihrerseits im Baubetriebe die 40-Stundenwoche zu erzwingen.

Reichel (Metallarbeiter) betonte gegenüber den Ausführungen Stegerwalds Lückenkenntnisse genügten nicht. Notverordnungen habe es bis jetzt genug gegeben, aber noch keine, die die Unternehmer einmal scharf angepackt hätte. Ausser der 40-Stundenwoche sei auch eine Umwandlung der eisenschaffenden Industrie notwendig; diese Umwandlung sei für Europa brennend. Dass in der Frage der Arbeitszeitverkürzung etwas Positives unternommen werden könne, beweise die Tatsache, dass ein ergiebigeres grösseres Werk der Metallindustrie in ein und demselben Zeitraum die Produktion um 102 Prozent steigerte und die Arbeiterbeschäftigung um rund 50 Prozent senkte.

Schöller (Textilarbeiter): Die Herren des Reichsarbeitsministeriums sagen bei Besichtigungen der Rationalisierungsfortschritte in der Textilindustrie seien erstaunt und überrascht, aber Konsequenzen zögen sie aus ihren Feststel-

lungen nicht.

Kraus-Stuttgart (Metallarbeiter) singt ein Loblied auf Sowjetrussland, das keine Auslandskredite erhalte und trotzdem die Planwirtschaft durchführe. Alle Hoffnungen auf parlamentarische Aktionen oder auf die Wirtschaftsdemokratie seien zwecklos. Die Lösung der Krise wie auch die Einführung der 40-Stundenwoche seien nur im Wege des revolutionären Klassenkampfes möglich.

Den Abschluss der Dienstagssitzung bildeten zwei Reden über das Wirtschafts- und Arbeitszeitproblem. Spliedt, der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des ADGB und Tarnow, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes hielten Abrechnung mit den Unternehmern und mit der Regierung.

Mit einem Wort ging Spliedt zunächst auf Kraus's Tiraden ein: Wer ist's, der uns in der Frage der Arbeitszeitverkürzung ständig Knüppel zwischen die Beine wirft? Die Herren Kommunisten sind's. Sie haben auf den Howaldt-Werften, wo die 40-Stundenwoche unter dem Druck der Gewerkschaften bereits beschlossene Sache geworden war, infolge einer knappen Mehrheit bei der Abstimmung im Betrieb die 40-Stundenwoche zu Fall gebracht. Und wie bei den Howaldt-Werken, so machen sie es überall. Aber ihre Bemühungen, sich der Verbesserung des Loses der Arbeitslosen entgegenzustellen, sollen und werden ihnen nicht gelingen. Mit dem Lobgesang, den Kraus's hier auf Sowjetrussland anstimmte, braucht man sich nicht auseinanderzusetzen. Ein Satz nur zur Erwiderung: Was ist der Zweck der sogenannten russischen Planwirtschaft? Nichts anderes als ein Dumping zur Zerstörung der Volkswirtschaften Europas. Und wer sind die Leidtragenden dieser Zerstörung? Die Arbeiter!

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung ist die brennendste aller Fragen, denn wir haben ja nicht nur eine strukturelle Arbeitslosigkeit, wie sie Professor Lederer geschildert hat. Die Arbeitslosigkeit steigt auch noch aus verschiedenen anderen Gründen. Wir stehen vor einer Bereinigung der Wirtschaft. Wir müssen damit rechnen, dass noch Tausende auf die Strasse geworfen werden. Der Winter wird eine neue Verschärfung der Arbeitslosennot herbeiführen. Grausige Perspektiven tun sich vor uns auf. Soll das furchtbare Schicksal der Millionen von Arbeitslosen keine Wendung erfahren? Sollen die jugendlichen Arbeitskräfte nie in ihrem Leben das Glück geniessen, endlich auch einmal an irgend einer Arbeitsstätte eine nutz- und fruchtbringende Tätigkeit ausüben zu dürfen? Ein ruheloser Skandal ist es, den Gewerkschaften, die gegen die Hölle der Arbeitslosigkeit ankämpfen, immer nur mit Wenn und Aber und tausend Bedenken zu kommen. Die Reichsregierung ist anscheinend gar nicht geneigt, den schauerlichen Tatsachen Rechnung zu tragen. Ihre Notverordnung ist und bleibt eine Herausforderung. Was bietet denn die Regierung? Die Generalregel der Arbeitszeitverkürzung wird durch tausende Drahtverhaue eingepfercht. Die Mehrzahl der Betriebe wird von vornherein praktisch ausgenommen. Anderen Tausenden von Betrieben wird eine Abgeltung der Arbeitszeit durch kleine Zugeständnisse möglich gemacht. Und dann verschämt sich die Regierung noch hinter dem Reichsrat. Bei der Arbeitszeitverkürzung hat sich die Regierung plötzlich an den Reichsrat erinnert. Bei dem Erlass der Notverordnungen braucht man den Reichsrat nicht. Und dann verlangt sie noch obendrein sorgfältige Prüfung der technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, und auch das ist ihr noch nicht genug. Sie ist unerschöpflich in der Erfindung und Aufstöberung von Ausnahmen. Wo die Arbeitsaufträge stossweise erfolgen, auch dann sollen Ausnahmen möglich sein. Sagen wir es doch recht deutlich: Was hier die Regierung verspricht ist nichts anderes als weisse Salbe. Uns täuscht man nicht. Die Regierung beruft sich auf den Brauns-Ausschuss. Auch ihm fehlte der Mut zur Konsequenz. Auch sie verbeugten sich tiefer vor grossen Belangen der Wirtschaft und doch - selbst die Brauns-Kommission ging immer noch weiter als die Regierung. Ja, die Regierung hat nicht einmal die geringsten Möglichkeiten zu kleinen Verbesserungen, die in der Notverordnung gegeben waren, ausgenutzt. Was erleben wir heute? In den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen wird die



Arbeitszeit nicht gekürzt, sie wird erhöht. Die Gemeinden gehen jetzt vielfach wieder von der 44= zur 48=Stundenwoche über. Die Regierung verwies die Gewerkschaften auf Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Sie wusste von vornherein, dass das kein Ausweg war, denn sie musste wissen, dass die Arbeitgeber grundsätzlich gegen die Arbeitszeitverkürzung sind. Sie sind dagegen, nicht, weil sie nicht möglich wäre, sondern aus lohnpolitischen Gründen. Sie wollen sich gegen den Lohnauftrieb sichern, der einmal eintreten kann, wenn die Gewerkschaften sich wieder rühren können.

Was soll nun werden? Im Reichsarbeitsministerium hat man eine geradezu unheimliche Scheu, in der Frage der Arbeitszeitverkürzung etwas zu unternehmen. Man verschleppt die Entscheidung, man drückt sich um jede klare Stellungnahme, weil man Angst vor den Arbeitgebern hat. So geht das nicht weiter. Wir verlangen Taten. Dass der Arbeitslosenschutz abgebaut wurde, oh, dafür hatte man sehr schnell ganz klare und bestimmte Formeln zur Hand, warum nicht auch bei der Arbeitszeitverkürzung? Wir verlangen, dass endlich in der Frage der 40=Stundenwoche ein entscheidender Schritt vorwärts getan wird. Her mit der 40=Stundenwoche! - Das ist der Ruf des Kongresses, der Ruf der Not verzweifelter Massen. (Starker Beifall.)

Tarnow führt in seiner Kritik an dem Wirtschaftssystem und der Wirtschaftspolitik der Regierung etwa folgendes aus: Die Welt gleicht einem Irrenhaus. Volle Scheunen und die Massen hungern, im Winter werden Hunderttausende frieren, in den Bergrevieren wachsen die Kohlenhalden bis in den Himmel. Millionen haben kein ganzes Hemd auf dem Leibe und in den Baumwollländern vernichtet man die Ernte. In der ganzen Welt gibt es keine Meinungsverschiedenheit darüber, dass die Aufgabe der Wirtschaft ist, die Produktion zu erweitern und die Menschheit zu versorgen. Heute scheint es die wesentliche Kunst der Wirtschaft zu sein, möglichst planmässig die Produktion und die Versorgung der Menschen einzuschränken, trotzdem Millionen Entbehrungen tragen müssen. Man weiss sich in der kapitalistischen Welt nicht mehr zu helfen, als aufgehäufte Vorräte, die ursprünglich für die Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt waren, zu vernichten. Die Schande des kapitalistischen Systems sollte noch viel krasser in Erscheinung treten. Die Menschen würden noch mehr von diesem System abrücken, wenn sie überzeugt werden könnten von der Möglichkeit eines besseren Systems. Wir Sozialisten sind heute fester denn je davon überzeugt, dass allein der Sozialismus die Befreiung bringen kann. Gäbe es heute in der Welt ein nach sozialistischen Prinzipien organisiertes Gemeinwesen, so wäre die Schlacht gewonnen. Aber wir haben noch nicht ein solches Beispiel in der Welt. Die sozialistische Arbeiterschaft ist noch nicht so weit. Was wir in Russland sehen kann alles andere nur nicht überzeugen, dass es mit solchen Methoden besser würde. Wenn nach angestrengtester Organisationsarbeit in 13 oder 14 Jahren die Lage noch so ist, dass in einem Agrarlande die Bevölkerung mit Brot- und Lebensmittelkarten ausgerüstet werden muss, so ist das ein äusserst negatives Resultat. Wir wissen, dass nur der Weg zum Sozialismus ins Freie, aus der Not heraus führen kann. Aber wir können diesen Weg nicht von heute auf morgen gehen, denn wir wollen die Arbeiterklasse lebend in den Sozialismus hineinführen. Nötig ist meiner Meinung nach, dass die Regierungen der notleidenden Völker überlegen, ob man nicht den Kreditmechanismus ändern kann, und zwar durch eine internationale grosszügige und kühne Kreditorganisation unter der Solidarität der Staaten auf neuen Wegen, die möglich sein müssten, neben dem kapitalistischen System, wenn dieses nicht mehr funktionieren will. Wenn eine Lösung gesucht und gefunden ist, die der Not des Augenblicks steuert, sodass wir noch in der kapitalistischen Aera genesen, so bedeutet das Eingreifen der öffentlichen Gewalt auch ein Stück Sozialismus. Der Sozialismus kommt, weil er die einzigste Lösung aus dem Elend der Menschheit von heute ist. - Weiterberatung Mittwoch.

# Aus aller Welt

## Wildwestromantik in Rumänien.

Das Paradies der Räuberhorden - Das Ende der Banditen Isachi und Petrei - Die Geliebte als Verräterin.

SPD. Bukarest, Ende August (Eig. Ber.)

Der Balkan ist seit je ein Paradies der Räuberhorden gewesen. Besonders in Rumänien vergeht kaum ein Tag, ohne dass neue Ueberfälle gemeldet werden. Bald wird ein Eisenbahnzug attackiert, bald eine Bank am helllichten Tage ausgeplündert, bald ein ganzes Dorf gebrandschatzt. Die Polizei erscheint gegenüber diesem Treiben fast machtlos. Die Bewaffnung der Banditen ist vielfach stärker und neuzeitlicher als die der Polizei.

Ganze Gendarmerieabteilungen und Regimente Militär wurden aufgeboten, um die gefährliche Bande des Donaupiraten Terento unschädlich zu machen. Zwei Jahre fahndete man vergeblich nach dem Versteck der Briganten. Tag für Tag überstrichen Polizeiflugzeuge die Sumpfgebiete des Donaudeltas. Umsonst. Die Ueberfälle auf Schleppzüge, kleinere Dampfer und Jachten nahmen kein Ende. Erst durch Verrat einer Frau konnten Terento und seine Genossen dingfest gemacht werden.

Ein ähnlicher Fall wird jetzt aus Broschteni in der Moldau gemeldet. Die Banditen Gregor Jsache und Konstantin Petrei, denen in allen Dörfern zahlreiche Helfeshelfer zur Verfügung standen und die jahrelang der Schrecken der Bevölkerung und Gendarmen gewesen waren, konnten dieser Tage nach vielstündigem Feuergefecht von einer starken Gendarmerieabteilung überwältigt werden.

Die Banditen, die Dutzende verwegener Ueberfälle und grausamster Raubmorde auf dem Gewissen hatten, blieben nach jedem Verbrechen wie von der Erde verschlungen. Die Polizei setzte riesige Prämien auf die Köpfe der Räuber aus. Vergeblich - - Bis eines Tages - - die Polizei von einer Bäuerin, einer ehemaligen Geliebten des Petrei, die sichere Nachricht erhielt, dass sich die Gesuchten in einer leerstehenden Sennhütte unterhalb des Calimanberges versteckt hielten.

Schon vor Tagesgrauen wird die Hütte umstellt. Drinnen ist es ruhig. Vorsichtig pirscht sich der Abteilungsführer heran und versucht die Türe zu öffnen. Durch das Geräusch erwacht, springt Jsache, ein bärenstarker Geselle, auf, eilt aus dem Haus und schießt den überraschten Polizeioffizier nieder.

Rasch eilt Isache ins Haus zurück, im Nu wird die Tür verrammelt, und die Räuber postieren sich hinter den Fenstern. Ein tosendes Schnellfeuer herüber und hinüber knattert los, wie es nach Aussage der Dorfbewohner selbst in dieser unruhigen Gegend seit dem Kriege nicht mehr gehört wurde. Allmählich erlahmen die Banditen, und mit dem Mute der Verzweiflung stellt sich Isache vor das Fenster, um besser zielen zu können. Plötzlich wirft er die Arme hoch und stürzt zu Boden. Ermüht dringen jetzt die Gendarmen langsam zur Türe vor. - Doch da wird plötzlich die Tür aufgerissen, und in rasenden Sätzen flüchtet Petrei dem nahen Walde zu, in dem er, noch bevor ihn die Kugeln der verblüfften Gendarmen erreichen konnten, verschwindet.

Jetzt wird das Feuer eingestellt und Jsache aufgefordert, sich zu ergeben. Die Antwort sind neue Schüsse. Jsache will sich nicht ergeben. Erst nach der Drohung, dass die Hütte angesteckt und er lebendigen Leibes geröstet werde, schwankt der Bandit blutüberströmt heraus, lässt das Gewehr fallen und sinkt bewusstlos zu Boden. Ein Querschläger hat ihm die rechte Brustseite zerschmettert. Nach zwei Stunden starb er.

Am nächsten Tage stellt sich auch der entsprungene und gehetzte Petrei den Dörflern mit dem Verlangen, zur nächsten Polizeistation geführt zu werden. Im Verhör gibt er alle seine Schandtaten ohne jede Reue zu. Doch er weigert sich seine Helfer und Mähler zu nennen. Auch Daumenschrauben können ihm nicht die Namen entlocken. Am Abend wird er nach dem Bezirksgefängnis überführt. Unterwegs erfolgt der programmässige Fluchtversuch: Petrei wird von der Begleitungsgesorte niedergeknallt.

Den Gerichten ist ein langwieriger und kostspieliger Prozess erspart worden...

A. L.

+ + +  
Das grosse Los! Bei der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde am Dienstag nachmittag das Grosse Los gezogen. Der 500 000 Mark-Gewinn entfällt auf die Besitzer des Loses 281 050. In der ersten Abteilung wird das Los in Vierteln in Berlin S. gespielt, in der zweiten Abteilung in Achteln in Freiburg.

+ + +  
Doppeltes Todesurteil. Vom Schwurgericht Hildesheim wurden die 26-jährige Ehefrau Helga Hennig und der 20-jährige Landwirtschaftsgehilfe August Schultz, die am 30. Mai dieses Jahres den Ehemann der Frau Hennig gemeinsam ermordeten, zum Tode verurteilt

+ + +  
Haftentlassung Jeppels. Der frühere Generaldirektor des Devaheimkonzerns, Wilhelm Jeppel, wurde wegen Haftunfähigkeit aus der Haft entlassen. Jeppel ist herzleidend. Der Haftbefehl bleibt aufrecht erhalten.

+ + +  
Ueberfallene Asienexpedition. Das Lager der Zentralasienexpedition Sven Hedins wurde von einer chinesischen Räuberbande überfallen. Ausser Lebensmitteln sind wertvolle Messinstrumente entwendet worden.

+ + +  
Dammbruch. Der Kurort Frankenheim in der Rhön wurde durch einen Dammbruch am Frankenheimsee unter Wasser gesetzt. Der Materialschaden ist beträchtlich.

+ + +  
Gerüsteinsturz: sieben Verletzte. In Zittau (Sachsen) wurden beim Einsturz eines anscheinend überlasteten Gerüstes sieben Arbeiter mit in die Tiefe gerissen. Fünf Arbeiter wurden schwer, zwei leicht verletzt.

+ + +  
Grottenentdeckung. Eine aus italienischen und deutschen Mitgliedern bestehende Expedition drang in einen bisher als unzugänglich geltenden Teil der bekannten Grotte von Postumia (früher Adelsberger Grotte) nordöstlich von Triest ein. Man entdeckte einen ungewöhnlich grossen wundervollen unterirdischen Saal, dessen Wände mit sehr interessanten Tropfsteinbildungen behängt sind, sowie einen über hundert Meter langen unterirdischen See.

+ + +  
Verhaftete Betrügerbande. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurden durch Beamte der Berliner Kriminalpolizei die Kaufleute Rudolf Plauts, Kurt Pätzold, Kurt Richter, Karl und Martin Schulz verhaftet. Den Festgenommenen wird fortgesetzte Betrügerei zur Last gelegt. Die Schwindler gründeten eine Reihe von Hypothekenvermittlungsstellen, fanden auch eine Reihe von Leuten, die Hypotheken oder Darlehen aufnehmen wollten, erreichten aber durch aussergewöhnlich harte Bedingungen innerhalb kurzer Zeit die Zwangsversteigerung bei ihren Schuldnern. Die Verhafteten sollen zum Teil äusserst skrupellos und gesetzeswidrig vorgegangen sein. Sie dürften ihre Kunden um etwa 1/2 Million Mark betrogen haben.

+ + +

Verhafteter Kindermörder. In Dobritschen (Thüringen) wurde der 45 Jahre alte arbeitslose Kuhmelker Paul Dassler als Mörder der achtjährigen Isolde Dibrowenk aus Bucha ermittelt und verhaftet. Dassler ist geständig, das Verbrechen verübt zu haben, um sich in den Besitz der 10 Mark zu setzen, die das Kind zur Bezahlung von Einkäufen bei sich trug. Nach einem Vergewaltigungsversuch hat der Unhold das Kind erdrosselt und, als es kein Lebenszeichen mehr von sich gab, mit Erbsstroh zugedeckt. Später hat der Mörder das Geld in einer Gastwirtschaft, in der er sich auch beim Kegelspiel vergnügte, vertrunken. Dassler, der der Staatsanwaltschaft Jena zugeführt wurde, ist bereits wegen Widerstandes Körperverletzung und schweren Diebstahls verbestraft.

+ + +  
Verfahren gegen Generaldirektoren. Gegen die ehemaligen Generaldirektoren der Vereinigten Elektrizitätswerke Dortmund, Dr. Krone und Dr. Fischer, wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung wegen Untreue eröffnet.

+ + +  
3533 Lynchungen! Wie der amerikanische "Wickersham-Ausschuss zur Untersuchung der Kriminalität" feststellt, wurden in den Vereinigten Staaten von Amerika von 1882 bis Mitte 1930 rund 3533 Neger gelyncht.

+ + +  
Pallenberg und die Amstelbank. Einer der Hauptgläubiger der zusammengebrochenen Amstelbank in Amsterdam ist der bekannte deutsche Schauspieler Max Pallenberg. Pallenberg und seine Frau, die Operettendiva Fritzi Massary, hatten bei der Amstelbank Ersparnisse im Betrage von ungefähr 227 000 Dollar deponiert. Nunmehr hat Pallenberg in der Wiener Gläubigerversammlung der Amstelbank eine Brandrede gegen die "Schwindler, Betrüger und Diebe" des Unternehmens gehalten. Mit den angebotenen 35 Prozent will er sich keinesfalls abfinden lassen. Pallenberg erklärte, dass er auch das verrückteste Mittel anwenden werde, um die verantwortlichen Direktoren iger Strafe zuzuführen. Ende Oktober will der Künstler im Wiener Konzerthaus einen bereits ausgearbeiteten Vortrag über das Thema "Die Amstelbank, ihre Generaldirektion und ich" halten; später soll der Vortrag in allen grösseren deutschen Städten wiederholt werden. Pallenberg, der wohl die Sympathie und das Interesse der Öffentlichkeit für seine Kapitalflucht etwas zu überschätzen scheint, will sich auch ein Theaterstück "Die Amstelbank" schreiben lassen und erklärt: "Man wird sehen, wer für die Welt bedeutender ist, die vierzig geschädigten geistigen Arbeiter oder die Direktoren der Amstelbank."

+ + +  
Gemälderaub in Dresden! Am Dienstag nachmittag versuchte ein Mann, aus der Dresdner Gemäldegalerie ein Mädchenbildnis des italienischen Malers Pietro Robari zu stehlen. Ein Aufseher konnte den Dieb jedoch in der Garderobe einholen und ihm das Bild entreissen. Der Täter sprang dann durch das Fenster in den Zwinger - Hof und flüchtete von hier aus in das gegenüber gelegene Schauspielhaus, wo er nach aufregender Jagd im dritten Stock festgenommen werden konnte. Der Gemäldedieb gibt an, Waldemar Grube zu heissen und aus Essen zu stammen.

+ + +  
Autobusunglück: 23 Tote. In der Nähe von Lugo (Nordwestspanien) stürzte ein mit Wallfahrtsbesuchern vollbesetzter Autobus einen Abhang hinab. 23 Insassen wurden getötet, 7 verletzt.

+ + +  
Feurige Hochzeitsüberraschung. Zu einem furchtbaren Blutbad kam es während der Hochzeitstafel der "Schönheitskönigin" der rumänischen Stadt Jacica. Mehrere abgewiesene Freier des Mädchens eröffneten durch das offene Fenster ein Schnellfeuer aus Militärgewehren auf die beim festlichen Mahl versammelte Hochzeitsgesellschaft. Braut und Bräutigam wurden lebensgefährlich verletzt, die Eltern des Mädchens und ein Hochzeitsgast der weiteren Verwandtschaft getötet. Die Täter sind flüchtig.



## Schieles Preistreiberei.

(Zinsverbilligung und andere Subventionen)

SPD. An den Erntefinanzierungsplänen des Reichsernährungsministers Schiele haben wir von Anfang gerügt, dass die vorgesehene Finanzierung unzulänglich, z. T. einfach luderig ist. Die Folgen haben sich auch bald gezeigt. Durch die Kreditknappheit ist die Landwirtschaft jetzt nach der Ernte in eine unangenehme Lage geraten, da Händler und Mühlen nicht das nötige Geld aufzutreiben vermögen, um das nach der Ernte zum Verkauf gelangende Getreide aufzunehmen.

Wieder muss die Reichsbank herhalten. Sie hat sich bereit erklärt, 200 Millionen Mark Wechsel - davon fallen allein 50 Millionen Mark für den Verkauf durch die halbstaatliche Getreide-Industrie-Commission - zur Stärkung der Aufnahmefähigkeit einzulösen. Mit anderen Worten heisst das, die Reichsbank finanziert die Erntebewegung mit rund 200 Millionen Mark. Daneben werden der Getreide-Industrie-Commission (G.I.C.) 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um Verträge auf künftige Getreidelieferungen zu bevorschussen. Die Reichsbank wird aber noch weiter in den Beutel greifen. So wird sie landwirtschaftliche Wechsel im Gesamtbetrag von 300 Millionen Mark verlängern, wenn diese Wechsel nicht eingelöst werden können.

Der zweite Teil der Hilfsmassnahmen besteht in der Bildung eines Lagerscheinsystems, dessen gesetzliche Grundlagen bereits durch Notverordnungen geschaffen worden sind. Die jetzt erlassenen Durchführungsbestimmungen enthalten eine ausführliche Lagerordnung und genaue Vorschriften über Form und Inhalt der von der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft auszugebenden Lagerscheine. Aufgrund des Lagerscheinsystems braucht die Landwirtschaft, wenn sie Geld benötigt, ihr Getreide nicht sofort zu verkaufen. Sie kann das Getreide bei der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft (D.G.H.) in Einzellagerung geben oder auf Sammlager legen. Die D.G.H. wird dabei die vorhandenen Lagermöglichkeiten bei den Genossenschaften, Mühlen und gewerblichen Lagerhaltern ausnutzen. Welche Mengen man damit erfassen kann, ist eine andere Frage. Es scheint so, als ob die Vorbereitungen und Möglichkeiten durchaus nicht genügen. Soweit man Getreide ins Sammlager gibt, kann natürlich nur Ware der gleichen Art und Güte zusammengelagert werden. Es sind deshalb in den Durchführungsbestimmungen für die verschiedenen Getreidearten Handelsklassen gebildet worden. Bei der Einlagerung erhält der Landwirt einen Lagerschein. Mit Hilfe dieses Lagerscheines können Kredite beschafft werden und zwar beleihet die Reichsbank die Lagerscheine bis zu 50 Prozent ihres Wertes. Soweit sich eine Privatbank dazu bereit findet, können die Scheine selbstverständlich noch höher beliehen werden. So ergeben sich zwei verschiedene Wege bei der Beleihung. Lagert der Landwirt auf den Lagern der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft selber ein, so kann er den Lagerschein bei seiner zuständigen Reichsbankstelle unmittelbar beleihen lassen. Sofern Handel, Mühlen und Genossenschaften einlagern, wird der Wechsel von einem Bankkonsortium aufgekauft, das unter Führung der Rentenbankkreditanstalt gebildet ist und Rückhalt bei der Reichsbank hat.

Man kann sich mit diesem System einverstanden erklären. Es befreit die Landwirtschaft von dem Druck, die Ernte unmittelbar und unter schlechten Bedingungen verkaufen zu müssen. Anders liegen die Dinge, dass diese an die

Landwirtschaft gegebenen Kredite durch besondere Reichsmittel verbilligt werden. Nicht nur für die oben erwähnten Erntebewegungskredite, sondern auch für die Einlagerungskredite wird der Zins mit Hilfe von Reichsgeldern auf 4 Prozent gesenkt. Die Landwirtschaft erhält damit gegenüber der gesamten anderen Wirtschaft eine Vorzugsstellung, in der Art beispielsweise, wie die englische Kohlenindustrie vor Jahren eine Vorzugsstellung dadurch genoss, dass der englische Staat für jede geförderte Tonne Kohle 2 Mark zuzahlte. Es handelt sich um dieselbe Subvention, wenn auch die Form, in der sie gegeben wird, verschieden ist. Die Zinsverbilligung bedeutet für die Landwirtschaft die Möglichkeit, die Ernte zurückzuhalten und Preissteigerungen vorzunehmen, die den natürlichen Ernteverhältnissen nicht entsprechen. Das ist keine unangenehme Begleiterscheinung dieser Subvention. Das ist im Programm des Reichsernährungsministers ausdrücklich vorgesehen, Die Landwirtschaft kann mit der Zinsverbilligung auch sonst noch vieles machen. Sie kann z.B. einen Teil ihrer sonstigen Schulden, für die sie hohe Zinsen zahlen muss, abtosseln und auf Kosten des Reichs und der Allgemeinheit verbilligte Kredit aufnehmen. Das wird dem Landwirt ja mit dieser Subvention so leicht gemacht.

Eine andere Frage ist die, wie teuer dem Reich die Zinssubvention zu stehen kommt. Man kann sich heute noch kein Bild darüber machen, da man den Umfang der einzulagernden Getreidebestände ja nicht kennt, Die Regierung trägt zur Beruhigung der Öffentlichkeit beim wenn sie schleunigst mitteilt, wie weit sie hier in den Beutel fassen will und wie hoch die Mittel sein werden, die sie zur Verfügung zu stellen gedenkt. Die Regierung wird begreifen, dass sich die Öffentlichkeit schon von wegen der leeren Kassen des Reiches hier einige Sorge darüber macht. Auch sonst ist noch manches zu verlangen. Nach Meldungen aus der Landwirtschaft soll die Qualität der diesmaligen Ernte schlecht ausgefallen sein. Wir müssen fordern, dass auf strikte Einhaltung der Handelsklassen gesehen wird, damit keine Beleihungen vorgenommen werden, die nicht dem tatsächlichen Wert des eingelagerten Getreides entsprechen. Zu der offenen Subvention braucht keine geheime Subvention zu kommen.

Ausser den erwähnten Massnahmen denkt man daran, durch die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft 300 000 Tonnen Getreide aufkaufen zu lassen. Sie sollen magaziniert werden. Wie man versichert, soll diese Stützung anders gehandhabt werden als die vorjährige Roggenstützung. So will man Verluste vermeiden. In Wirklichkeit ist zwischen der vorjährigen und der diesmaligen Stützung kein Unterschied zu entdecken. In beiden Fällen handelt es sich um Einsperrung von Vorräten, die nicht auf den Markt gebracht werden sollen. Die ganze Geschichte läuft aber bei der diesmaligen Stützung darauf hinaus, die Getreidepreise in die Höhe zu treiben. Wir sind aber der Meinung, dass ein Getreidepreis in Deutschland, der doppelt bzw. dreimal so hoch ist als die Getreidepreise auf den Weltmärkten, vollauf genügt. Eine weitere künstliche Steigerung der Getreidepreise ist nicht nur unnötig, sondern birgt grosse Gefahren. Es ist also nicht zu verantworten, wenn man die Preise weiter in die Höhe treiben will und zwar dadurch, dass das Reich Geld gibt oder Bürgschaften übernimmt. Was gegenwärtig im Reichsernährungsministerium gemacht wird, ist keine Getreidepolitik, sondern Preistreiberei. Es wird notwendig sein, sich gründlich mit den Schieleschen Projekten auseinander zu setzen.

SPD. Der Zentralausschuss für die Innere Mission hat, wie im Laufe des Devaheimskandals bekannt wurde, bei der Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrts-einrichtungen ein Konto "Geheim" unterhalten. Dieses Konto wurde aus Ueberweisungen des Reichsarbeitsministeriums ohne Wissen der Behörden abgezweigt. Es handelte sich um einen regelrechten Korruptionsfond.

Aus diesem Korruptionsfond, über den der zeitweilige Schatzmeister der Inneren Mission, Pastor D. Cremer, und ihr Präsident, der Geheimrat Seebert,

verfügten, erhielten  
der Bruder Cremers, der Pfarrer Cremer in Wittenberg an der Elbe,  
30 000 Mark, angeblich als Darlehen für das Diakonissen-Mutterhaus in  
Wittenberg;

der Schwager Cremers, der nach einem Disziplinarverfahren seiner Staats=  
stellung verlustig gegangene Studienrat Vogel, 15 000 Mark, angeblich als  
Darlehen für ein Jugendhaus in Vetschau.

Weitere Zuwendungen aus dem "Dispositionsfond", mit denen Cremer sich eine  
diskrete Gefolgschaft sicherte, die berechnete Angriffe gegen seine persön=  
liche Miswirtschaft abwehrten, erfolgten an

Pastor Ohl, Langenberg, den Führer der rheinischen Mission,  
Pastor Thiel, den Leiter des Kaiserswerther Verbandes deutscher Diakoniss=  
sen-Mutterhäuser und Aufsichtsratsvorsitzenden der Hilfskasse,  
Direktor Schlunk vom Centralausschuss für die Innere Mission,  
Martin Möller, der Nachfolger Cremers als Schatzmeister der Inneren Mission  
und andere Arbeiter im Weinberge Gottes.

Dieses Geheimkonto war jedoch nicht das einzige, das bei der Hilfskasse  
geführt wurde. Ein besonderer § 61 der internen Geschäftsanweisung billigte  
sogar derartige Einrichtungen. Aus Ueberweisungen des Reichsarbeitsmini=  
steriums in Höhe von 87 000 Mark bildete der Leiter des V. Wohlfahrtsverbandes,  
Professor Langstein, ein Konto, das auf den Namen eines Berliner Krankenkassen=  
Verbandes lautete und den Untertitel trug "Reichsverband für Gesundheitsfür=  
sorge 1923". Dieser "Reichsverband" existierte nur auf dem Mond. In Wirklichkeit  
machten sich die Reichsleiter mit diesen Beträgen gesund. 18 000 Mark auf  
diesem Konto wurden für ein Luxusauto des Professors Langstein, eine Horch=  
Limousine, bezahlt. Weitere 5 000 Mark erhielt ein Geschäftsführer des V. Wohl=  
fahrtsverbandes für die Einrichtung einer Wohnung. Dem Reichsarbeitsministe=  
rium sind auch diese Summen und vor allen Dingen ihm mehr als eigenartige Ver=  
wendung verschwiegen worden. Es ist immerhin ein beruhigendes Gefühl für den  
Steuerzahler, diejenigen, denen die Fürsorge für die Aermsten der Armen oblie=  
gen soll, wohlversorgt zu wissen.

SPD. Die Reichsbank hat am Dienstag die erwartete Zinssenkung mit Wirkung  
vom 2. September angeordnet und die durch die Finanzkrise notwendig gewordene  
Kreditdrosselung (Restriktion) aufgehoben.

Die Zinssenkung wird mit der günstigen Entwicklung bei der Reichsbank  
im Laufe des Monats August begründet. Der Reichsbankdiskont wird von 10 auf  
8 Prozent und der Lombardsatz von 12 auf 10 Prozent runter gesetzt. Dazu be=  
merkt die Reichsbank, dass es der künftigen Entwicklung auf den Kredit- und  
Devisenmärkten überlassen bleiben muss, ob und wann weitergehende Erwartungen  
zu verwirklichen sind.

Ueber die Aufhebung der Restriktionsmassnahmen teilt die Reichsbank fol=  
gendes mit: "Vor einigen Tagen ist zur Bestätigung der seit längerer Zeit ver=  
folgten Tendenz, die Restriktionen zu mildern, ein besonderer Grunderlass an  
alle Reichsbankanstalten ergangen, in dem darauf hingewiesen wird, dass jetzt  
jeder gute Handelswechsel, der als reichsbankfähig anzuerkennen ist, bei der  
Reichsbank Unterkunft finden können soll. Ausserdem sind Besprechungen mit den  
Banken usw. aufgenommen, die die Schaffung erweiterter Verwertungsmöglichkei=  
ten für gute Warenwechsel zum Ziele haben. Von grösster Wichtigkeit hierfür  
ist, dass Handel und Gewerbe durch Bereitstellung eines geeigneten Materials  
von auf Güterumschlägen basierenden Wechsel ihren Banken die Möglichkeit geben,  
einen tunlichst grossen Teil der gegenwärtig von ihnen bei den Banken in An=  
spruch genommenen Kontokorrentkredite in Diskontkredite für Handelswechsel  
umzuwandeln. Damit würde nicht nur eine straffere und gesündere Gestaltung un=

serer Kreditverhältnisse geschaffen, sondern auch den Banken ermöglicht, ohne wesentliche Verringerung ihres Kreditbestandes, ihre Liquidität zu verbessern und zum Nutzen der deutschen Wirtschaft die von der Reichsbank gebotenen Kreditmöglichkeiten für Warenwechsel besser auszunutzen.\*

---

Berliner Viehmarkt.

(1. September 1931.)

SPD. Schweine- und Kälbermarkt hätten grössere Zufuhren vertragen können. Die Preise, die allerdings am Freitagmarkt einen starken Rückschlag erlitten hatten, zogen an. Die Aufwärtsbewegung hielt sich in Grenzen von 3 bis 4 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht. Ebenfalls gut beschickt war der Rindermarkt. Die Preisbewegung war hier durchaus uneinheitlich. Gegen Schluss drückte das langsame Geschäft allgemein auf die Preise. Am Hammelmarkt zeigten sich die Auswirkungen des schlechten Fleischgeschäfts. Die Nachfrage hat nachgelassen. Die Preise gaben z.T. nach, z.T. konnten sie sich auf dem Stand des letzten Marktes halten.

Notierungen: Schweine a. über 300 Pfund 58-60 (55-57), b. 240 bis 300 Pfund 57-59 (55-56), c. 200 bis 240 Pfund 56-58 (53-55), d. 160 bis 200 Pfund 52-55 (49-53), e. 120 bis 160 Pfund 48-51 (45-48), Sauen 49-52 (47-50). Kälber b. 52-61 (48-58), c. 50-59 (45-56), d. 35-45 (35-43), Schafe: a. 41-42 (40-43), b. 43-46 (43 bis 48), c. 35-40 (38-42), d. 22-30 (25-32). Kühe: a. 30-35 (31-36), b. 25 - 28 (26-30), c. 20-24 (22-25), d. 14-18 (15-20).

---

SPD. Die Staatsanwaltschaft hat am Dienstag den früheren Generaldirektor des zusammengebrochenen Devaheimkonzerns, Jeppel, in seine Wohnung entlassen, mit der Begründung, dass die Massnahme durch Krankheit Juppels erforderlich ist, da sein Verweilen in der Untersuchungshaft mit Lebensgefahr verknüpft sei. Die Ermittlungen in der ganzen Devaheimangelegenheit sind soweit gediehen, dass die Staatsanwaltschaft bereits mit der Zusammenstellung der Anklageschrift begonnen hat.

---

SPD. Die weitere Ermässigung des Reichsbankdiskonts hat der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) Veranlassung gegeben, ihre Sätze gleichfalls zu ermässigen. Im Verkehr mit Banken und Bankiers gelten vom 2. September ab folgende Sätze: Für täglich fällige Guthaben werden 6½%, für tägliche Einlagen, die über Ultimo September bei der Staatsbank stehen bleiben, 8% vergütet. Für Einlagen auf einen bis zu drei Monaten fest werden 9% gezahlt.

---

SPD. Im Monat August sind die Konkurse von 1013 im Vormonat auf 1065 gestiegen. Die Vergleichsverfahren haben von 657 auf 607 abgenommen.

---



Weiter zunehmendes Weizenangebot.

(Berliner Getreidebörse vom 1. September)

SPD. Die Tendenz für Weizen blieb auch am Dienstag an der Berliner Pro-  
duktenbörse recht schwach, Am Markte der Zeitgeschäfte wie auch im Handel mit  
effektiver Ware ergaben sich erneut Abschläge von etwa zwei bis drei Mark. Das  
Angebot in prompten Weizen war weiter gross, worunter sich auch viel schlechte  
Qualitäten befanden. Die Kauflust der Mühlen blieb auf der anderen Seite klein,  
aber auch die Exporteure zeigten wenig Interesse. Roggen konnte sich demgegen-  
über besser behaupten, da das Angebot knapp und der Bedarf ziemlich rege war. Auc  
für den Export nach der Tschechoslowakei bestand Interesse. Die Preise blieben  
unverändert. Am Mehlmarkt blieb Weizenmehl vernachlässigt. Obwohl die Preise  
um 50 Pfennige herabgesetzt waren, zeigte sich kein Interesses, während in Rog-  
genmehl laufendes Konsumgeschäft bei unveränderten Preisen herrschte. Hafer  
ging im Preise gleichfalls um zwei Mark zurück. Das Angebot war stärker als die  
Aufnahmefähigkeit des Marktes. Nur gute Qualitäten alter Ernte blieben gefragt.

	31. August	1. September
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	208 - 210	206 - 208
Roggen	170 - 172	170 - 172
Neue Wintergerste	154 - 164	152 - 162
Hafer	132 - 142	129 - 137
Weizenmehl	26,00 - 33,00	25,75 - 32,75
Roggenmehl	24,00 - 26,50	23,75 - 26,25
Weizenkleie	11,75 - 12,25	11,75 - 12,25
Roggenkleie	10,10 - 10,60	10,00 - 10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 220 plus Brief.  
(Vortag 222 $\frac{1}{4}$ ), Oktober 220-219 $\frac{1}{2}$  (222 $\frac{1}{2}$ ), Dezember 221-220 $\frac{1}{2}$  (222 $\frac{3}{4}$ ). Roggen Sep-  
tember 183 $\frac{1}{2}$  (184), Oktober 183 $\frac{1}{2}$  (185), Dezember 184-183 $\frac{1}{2}$  (185 $\frac{1}{2}$ ). Hafer Septem-  
ber 140 $\frac{1}{2}$  (142 $\frac{1}{2}$ ), Dezember 143 $\frac{3}{4}$  - 143 $\frac{1}{2}$  (-).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	..... R.M.	0,45 - 0,65
" " Weizenstroh	..... R.M.	0,40 - 0,55
" " Haferstroh	..... R.M.	0,40 - 0,55
" " Gerstenstroh	..... R.M.	0,40 - 0,50
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	..... R.M.	0,50 - 0,70
Bindfadengepresstes Roggenstroh	..... R.M.	0,35 - 0,55
" " Weizenstroh	..... R.M.	0,35 - 0,45
Häcksel	..... R.M.	1,25 - 1,35
	Tendenz belebt.	
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	..... R.M.	1,25 - 1,55
Gutes Heu, gesund und trocken	..... R.M.	1,70 - 2,20
Luzerne, lose	..... R.M.	2,20 - 2,70
Thymothee, lose	..... R.M.	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose	..... R.M.	2,15 - 2,45
Drahtgepresstes Heu	..... R.M.	0,30 über Notiz
	Tendenz stetig.	